

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 16 Pf.
Hauptredaktion: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf. die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Kalle 70 Pf., unter Ein-
gefaßt 1 Mark. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beiliegende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Rechnungsblätter der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsblätter der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 119

Dresden, Freitag, 23. Mai

1930

Ausgabenentlastungsgesetz und Deutscher Beamtenbund.

Berlin, 23. Mai.
Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat sich am 22. Mai eingehend mit der Frage des Ausgabenentlastungsgesetzes und den neuesten Entwürfen über ein Notopfer für die Heilbesoldeten befaßt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die für das Ausgabenentlastungsgesetz gestellte Berücksichtigung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung der deutschen Beamten müsse mit aller Umsicht abgelehnt werden. Es sei zu beklagen, daß diese nur unter Änderung der Reichsverfassung möglichen Maßnahmen eine Rechtsunsicherheit der deutschen Beamten hervorzurufen werden, die zu nachteiligen Auswirkungen für Volk und Staat führen müssen, ohne die in Aussicht gestellte Erleichterung der Finanzlage zu erreichen. Die Beamtenenschaft findet es unerträglich, daß immer wieder zum Zwecke der Berücksichtigung ihrer Rechte zu Abänderungen der Reichsverfassung geschritten wird und man mit Ernst auf die darin liegende Gefahr aufmerksam ist.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes wird unverzüglich einberufen werden, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Zum Verwaltungsabbau.

Das Ostdeutsche Dresden des Deutschen Beamtenbundes schreibt und bittet: Der finanzielle Überdruck — der dem Reichshaushalt für 1930 beigegeben ist, macht einige Angaben über die Vereinfachung des Behördenapparats und die Verringerung des Personals bei den Reichsverwaltungen des Reiches. Es sind aufgestellt worden in den Jahren 1928 und 1929 13 Hauptstellenämter, 80 Stellvertreter und Stellvertreterstellen, 84 Bezirksstellenkommissionariate, 42 Finanzämter, 2 Hauptverwaltungsämter, 6 örtliche Behörden. Weitere Vereinfachungen werden vorbereitet. Die Zahl der Beamten ist von 93 650 im Jahre 1927 auf 91 833 im Jahre 1930 zurückgegangen. Über den Beamtenabbau 1930 wird folgendes gesagt: Die Erfahrungen, die mit dem durch die Personalabbauverordnung vom 31. Oktober 1923 eingeleiteten Beamtenabbau gemacht worden sind, haben gezeigt, daß mit einer sofortigen Einsparung von Beamtenstellen nebensächliche Entlastungen der Personalabgaben nicht zu erzielen sind. Was an Gehalt usw. erspart wird, wird zum großen Teil aus der anderen Tasche wieder als Wartegeld, Übergangsgeld, Unterstützung usw. gezahlt.

Das Marinebauprogramm 1930.

Berlin, 23. Mai.
In einer Berliner Zeitung vom 20. Mai hat Kapitän zur See Sabow einen Artikel über das Marinebauprogramm 1930 veröffentlicht. In einem Brevier spricht die Zeitung die Ansicht aus, daß es scheint, als ob die Ausführungen des Kapitän Sabow das Marinebauprogramm des Ministeriums widersprechen, daß er also damit den Entschleunigung des Ministeriums vorgegriffen habe. Das ist, wie wir von unentbehrlicher Reichswehrkreise hören, unrichtig. Der Artikel enthält lediglich die militärischen Gesichtspunkte, nach denen die Marineleitung bisher verfahren ist. Aber die Einzelheiten, nach denen das Marinebauprogramm aufgestellt werden soll, gibt der Artikel nicht wieder.

Öffentliche Zurückweisung eines Angriffes Maßraums gegen das Reichswehrministerium.

Ein Berliner Blatt veröffentlicht einen Teil des Schreibens, das der Reichswehrminister Groener an Hermann Maßraum, den Dozenten des Jungdeutschen Ordens, gerichtet hat. Der Hauptteil des Schreibens ist aber in der Zeitung nicht zum Abdruck gebracht worden. Es stellt die Erwiderung dar auf die Angriffe Maßraums gegen die probierenmäßige Einstellung der Reichswehr und besonders des Generals Schleicher. In diesem Teile heißt es: Es ist mir trotz meinen ungewöhnlichen Erklärungen im Parlament und in der Presse nicht gelungen ist. Sie von ihrer eigenen Idee über die Beziehungen des Generals v. Schleicher zu Ausland abzubringen und da Sie einer persönlichen Besprechung über diese Dinge ausweichen, so muß ich es mir versagen, in Zukunft überhand auf Ihre Angriffe einzugehen. Ich werde die Öffentlichkeit in geeigneter Form hierüber unterrichten.

Eine Milliarde Fehlbeträge im Etat 1930?

Berlin, 23. Mai.
In einer Übersicht über die Finanzlage des Reiches wird im „Berliner Tageblatt“ dargestellt, daß die schlechte Lage der Wirtschaft und die mit ihr auf das engste verbundene große Arbeitslosigkeit die Schätzungen über den Hausen geworfen hätten, auf denen der Etat für 1930/31 aufgebaut ist.
Im April, dem ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres, sei ein Mindereinkommen von 47 Millionen Mark gegenüber den erwarteten Einnahmen zu verzeichnen. Es werde damit zu rechnen sein, daß wenigstens ein Drittel dieses Mindereinkommens auch im Durchschnitt der folgenden Monate als Minus gegenüber den Schätzungen des Reichsfinanzministeriums zu verzeichnen sein werde. Das bedeute für das ganze Staatjahr eine Mindereinnahme von 200 Millionen Mark. Dieses an sich schon gefährliche Defizit werde weiter vergrößert durch die Fehlbeträge bei der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge. Neben diesen beiden Faktoren trägen die Kosten des Hilfsprogramms nach ihrer finanziellen Größe stark zu. Wenn sich die erste, aber sehr wahrscheinliche Prognose des Reichsfinanzministeriums erfüllt und wir mit einer Durchschnittszahl an Arbeitslosen von 1,7 Millionen zu rechnen haben und nicht mit 1,2 Millionen, wie man bei der Aufstellung des Etats angenommen hat, so entfielen hier eine Mehrausgabe von einer halben Milliarde Mark. Ganz ähnlich sind die Berechnungen über die notwendigen Ausgaben für die Krisenfürsorge über den Hausen geworfen worden. Die tatsächlichen Mehrausgaben läßt sich auf etwa 250

bis 300 Mill. M. belaufen. Es ergebe sich also unter Ausschlag der Kosten der Osthilfe die Aussicht eines Gesamtdéfizits in Höhe von etwa einer Milliarde. Wie das Blatt zu wissen glaubt, werden außer dem Notopfer und der Erhöhung des Beitrags zur Erwerbslosenversicherung um 1 Proz. noch folgende Tedungspläne erwogen: Verlängerung der Kontingentierung in der Zigarettenindustrie und Erhöhung der Zigarettensteuer, Erhöhung der Biersteuer auf 75 oder 100 Proz. des ursprünglich geltenden Satzes, Aussetzung der Zuweisungen für den Anleiheentlastungsfonds in Höhe von 44 Millionen und der Tilgung der Rentenbankschuld in Höhe von 10 Millionen, sowie unter Umständen Ausschüttung des bisher angesammelten Anleiheentlastungsfonds in Höhe von etwa 250 Millionen.
Auch der „Börsen-Courier“ stellt Berechnungen über das neue Arbeitslosigkeitsergebnis dar. Das Blatt rechnet mit einem demnächstigen Arbeitslosenstand von 1,5 bis 1,65 Millionen. Unter diesen Umständen würden für die Arbeitslosenunterstützung rund 480 Mill. M. mehr auszugeben sein. Die Mindereinnahmen an Steuern und Zöllen werden von dem Blatt auf etwa 120 Mill. M. geschätzt. Da etwa 100 Millionen durch Reformmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung eingespart werden können, so ergeben sich bei diesen Umständen noch ein fehlender Mehrausgaben von 100 Millionen für die Krisenfürsorge. Zusammen würde sich nach dieser Berechnung ein Staatsdefizit von 600 Mill. M. ergeben, das also um 400 Millionen niedriger sein würde, als das vom „Berliner Tageblatt“ errechnete.

Die Räumung der dritten Zone.

Die Transporte rollen . . . — Keine Verzögerung durch die Inventaraufnahme. Das Programm der Hindenburg-Reise.

Berlin, 23. Mai.
In Berliner unterrichteten Kreisen rechnet man nun mit einer glatten Abwicklung der Räumung bis zum 30. Juni, zumal ja auch die letzten Verhandlungen aus dem besetzten Gebiete bezeugen, daß der Abtransport der fremden Truppen in vollem Gange ist.
Die Räumung der dritten Zone hatte eine Stärke von etwa 40 000 Mann. Man schätzt, daß die Franzosen jetzt noch etwa 30 000 Mann abtransportieren haben. Zuletzt, am 30. Juni, wird das Oberkommando in Mainz abscheiden, das bis dahin zwei Bataillone als sogenannte Schutztruppe bei sich behalten wird. Die Beurlaubung der Räumungsbewandlung stößt sich auch auf gewisse Verhandlungen, die noch in den letzten Tagen von zwei Vertretern der deutschen Verwaltung mit dem Oberkommando über die Inventarfragen gepflogen worden sind. Auf französischer Seite wird auf eine möglichst genaue Inventarkontrolle Wert gelegt, weil man offenbar nachträgliche Vorwürfe vermeiden will. Es ist aber schließlich ein möglichst einfaches Verfahren festgelegt worden, damit die Räumung nicht durch eine bürokratische Handhabung der Inventaraufnahme verzögert wird. Nach alledem steht jetzt also fest, daß das besetzte Gebiet am 30. Juni endgültig frei wird.

Etappen bleibt es dabei, daß die eigentlichen großen Befreiungsfeiern erst in der Zeit vom 19. bis 24. Juli stattfinden werden.
Der Reichspräsident wird am 18. Juli nach Speyer reisen. Nach der dortigen Feier fährt er nach Ludwigshafen weiter, von dort mit dem Dampfer den Rhein hinunter zunächst nach Worms, dann weiter nach Mainz, von Mainz nach Wiesbaden.
Die Hauptfeier wird am Sonntag, den 20. Juli, in Mainz stattfinden, das schon als Standort des Oberkommandos eine besondere Rolle in der Befreiungszeit gespielt hat.
In dieser Feier wird auch Reichskanzler Brüning teilnehmen. Der Minister und der Staatssekretär für die besetzten Gebiete werden ebenso wie Staatssekretär Reihner

den Reichspräsidenten auf der ganzen Reise begleiten. Für die Reichsregierung werden bei den örtlichen Feiern Mitglieder des Kabinetts sprechen. Nach der Feier in Mainz wird der Reichspräsident für Montag, den 21. Juli, einer persönlichen Einladung auf das Gut des Reichskommissars für die besetzten Gebiete in Elville folgen. Am folgenden Dienstag beginnen die Feiern in der zweiten Zone in Koblenz. Dort wird auch der preussische Ministerpräsident sprechen. Am Mittwoch finden die Befreiungsfeiern in Aachen ihren Abschluß. Auf der Reise nach Aachen wird der Reichspräsident in Eifel-Lichten und Düren während kurzer Aufenthalte die Vertreter der Einwohnervereine begrüßen.

Zwischen den zuständigen Stellen in Berlin und in der zweiten und dritten Zone sind alle Vorbereitungen im Gange, um einen schönen und würdigen Verlauf dieser Befreiungsfeiern sicherzustellen, an denen mit dem Rheinland durch den Reichspräsidenten das ganze deutsche Volk teilnimmt.

Zur Schulgebetsfrage in Thüringen.

Wei mar, 23. Mai.
Der Landtag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Schulgebete. Staatsminister Dr. Zeit machte über seine Schulgebetsverordnung längere Ausführungen. Er erklärte u. a., seine Ausführungen im Ausschuss über Zweck und Ziel der Schulgebetsverordnung seien von der Linken in einem von der Minderheit angefertigten Ausschussbericht und in der sozialdemokratischen Presse in tendenziöser Weise entlehnt worden. Auf die Anregung der deutschen Volkspartei hin werde er übrigens nochmals mit den Organisationen der evangelischen Landeskirche und der Lehrerschaft in Verhandlungen über die Einführung der Schulgebete eintreten. Vorläufig werde er auf eine Berichterstattung durch die Direktoren und Schulleiter über die Durchführung seiner Verordnung verzichten. Zum Text der Schulgebete erklärte der Minister, es handle sich nicht um Gebetsgebete, sondern um Preisgebete und führte u. a. etwa folgendes aus. Ich verlese unter

„Betrug und Verrat“ den Verrat vom November 1918. Unter dem Volksbetrug der damals begangen worden ist, leidet vor allem heute das deutsche Volk. Es muß entschieden bestritten werden, daß durch die Gebete ein Verrat gegen die Reichsverfassung erfolgt sei. Durch ihren Wortlaut wurden Andersdenkende nicht verletzt. Es scheint, als ob Reichsminister Dr. Wirth den amtlichen Text der Schulgebete im Reichstagsausschuss nicht zur Hand gehabt hat, denn sonst hätte er nicht feststellen können, daß die Gebete sich gegen die Juden richten.

Reichsminister Wirth hat, wie die „Germania“ meldet, gestern das Antwortschreiben der thüringischen Regierung auf seine ausführlichen Darlegungen erhalten. Minister Wirth hat, dem Blatt zufolge, noch gestern das Schreiben beantwortet, soweit es sich um die von Minister Wirth empfohlenen „Schulgebete“ handelt, die ja nur eine der zwischen dem Reich und Thüringen bestehenden Streitfragen darstellen. Er hat den Staatsminister Zeit gegebene Empfehlung der Schulgebete und die an die Schulbehörden gerichtete Aufforderung zur Berichterstattung über die Ausführung dieser Empfehlung unverzüglich zurückzugeben.

Deutscher Luftschuttag.

Stuttgart, 23. Mai.
Der Deutsche Luftschuttag Berlin hielt gestern unter großer Beteiligung seine diesjährige Tagung ab. Unter den Gästen befanden sich Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, der Reichswehr, der Polizei, von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft. Dr. Gaffert erstattete den Bericht des Vorstandes des Deutschen Luftschuttagvereins über die Entwicklung der Luftschuttbewegung. Reichstagsabgeordneter Groß-Stuttgart sprach über die internationalen Verhandlungen zur Einschränkung des Luft- und Vorkrieges. An Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten leitete Dr. Gaffert über „Die neue Welle und Deutschlands Sicherheit“. Als Ergebnis der Beratungen wurde folgende Entschließung angenommen: Der Deutsche Luftschuttagverein hat auf seiner diesjährigen Tagung in Stuttgart einbringlich dargelegt, wie in allen militärisch maßgebenden Ländern, insbesondere in den Deutschland benachbarten Staaten, unbedeutend von allen Abklärungsbestrebungen die Luftwaffe immer stärker aufgebaut wird. Die Dazwischenkunft ist im Gefolge, durch die Entwicklung der neuen Welle gegenstandslos zu werden. Die Kampfmittelentwicklung wird nicht mehr auf den Schlachtfeldern gesucht, sondern in dem unmittelbaren Angriff auf das gegnerische Volk, dem völlige Vernichtung droht. Der Deutsche Luftschuttagverein fordert deshalb die Reichsregierung auf, alsbald eine internationale Konferenz einzuberufen, um die in der Völkerbundskommission festgelegene Arbeit der Abklärung mit Energie aufzunehmen und beschleunigt fortzusetzen mit dem Ziele, Garantien dafür zu schaffen, daß die Luftverteidigungsmittel nicht als Kriegsmittel gebraucht werden.

Beschwerde der litauischen Regierung beim Völkerverbund.

Memel, 23. Mai.
Die das „Memel-Tamysboot“ aus Rowno entführt, hat die litauische Regierung wegen eines Vorfalls, der sich am Sonntag in dem auf der polnischen Seite der polnisch-litauischen Demarkationslinie liegenden Dorfe Dmitrova zugegetragen hat, eine Protestnote an den Völkerverbund gerichtet.
Nach litauischer Darstellung hat der polnische Unteroffizier Bilkowski in der Begleitung von 24 Soldaten 40 bei einem Tamysbooten versammelte Dorfbewohner überfallen und auseinandergejagt. Die Soldaten sollen dabei etwa 100 Schuß abgegeben und 11 Weibchen eine Wunde in das Gesicht geschleudert haben. Zwei junge Leute des Dorfes sollen verletzt worden sein, einer so schwer, daß er in der Nacht daran verstarb. Am anderen Morgen soll der polnische Hauptmann Buglas eine Untersuchung vorgenommen haben, in deren Verlauf er vier junge Leute des Dorfes wegen angeblicher Aufregung gegen die Staatsgewalt verhaften ließ.

Einigung über die Bedingungen für die Aufhebung der Youngenleihe.

Paris, 23. Mai.
Die Agentur Havas berichtet, daß die Delegierten der Schöpfer der Gläubigerkräfte gestern

R